

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	433
		TOP:	13
Verhandlung		Drucksache:	847/2021
		GZ:	T
Sitzungstermin:	14.12.2021		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Thürnau		
Berichterstattung:	Herr Maier (SWU)		
Protokollführung:	Frau Faßnacht / pö		
Betreff:	Rosensteinquartier C1 "Maker City", Artenschutzmaßnahmen, Ersatzhabitate, Baubeschluss		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 16.11.2021, öffentlich, Nr. 369
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Technischen Referats vom 09.11.2021, GRDRs 847/2021, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Herstellung von Eidechsenhabitaten und den Vergrämungsmaßnahmen im Teilgebiet C1 mit Gesamtkosten von insgesamt 2.600.000 EUR brutto gemäß Kostenermittlung des Garten-, Friedhofs- und Forstamtes vom 12.10.2021 (Anlage 3 und 4) wird zugestimmt.
2. Die Gesamtkosten in Höhe von 2.600.000 EUR brutto werden im Teilhaushalt 670.
- Garten-, Friedhofs- und Forstamt wie folgt gedeckt:

Projekt 7.671627 - Stadtquartier Rosenstein, Ersatzhabitate
Ausz.Gr. 7873 Sonstige Baumaßnahmen
2021 25.000 EUR
2022 1.100.000 EUR
2023 815.000 EUR
2024 60.000 EUR

Amtsbereich 6707010 - Öffentliche Grün- und Freizeitanlagen
Kontengr. 42120 Unterhaltung sonstiges unbewegliches Vermögen
2024 300.000 EUR
2025 200.000 EUR
2026 100.000 EUR

Der Mittelbedarf im Haushaltsjahr 2021 wird im Rahmen der Verwaltungszuständigkeit außerplanmäßig gedeckt. Die Mittel ab dem Haushaltsjahr 2022 in Höhe von insgesamt 2.575.000 EUR sind im Vorschlag der Verwaltung zum Entwurf des Doppelhaushaltsplans 2022/2023 (Grüne Liste) berücksichtigt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang elektronisch hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

StR Peterhoff (90/GRÜNE) verweist auf den Antrag seiner Fraktion zu diesem Thema und bittet die Verwaltung um Ausführungen zu den zwei möglichen Ersatzhabitaten, die von den betroffenen Bezirksbeiräten einstimmig abgelehnt worden sind, im Hinblick auf Ersatzpflanzungen für Bäume und auf die klimatischen Auswirkungen, insbesondere an der Löwentorstraße. StR Körner (SPD) fragt, ob es für das Ersatzhabitat an der Löwentorstraße nicht bessere Alternativen gibt und ob in der Zukunft nicht andere Nutzungen dort möglich wären. StRin Köngeter (PULS) nimmt Bezug auf die geplanten zwei Bauabschnitte. Sie möchte wissen, ob für den 2. Bauabschnitt die gesamte Fläche der heutigen Gartennutzung gebraucht wird bzw. ob man die Gartenpächter nicht einbeziehen könnte, falls man die gesamte Fläche braucht. StR Goller (AfD) zweifelt an der Sinnhaftigkeit und der Verhältnismäßigkeit von Kosten und Nutzen dieser Maßnahme und weist auf kontraproduktive Effekte hin, weil viele der Dinge, die umgesetzt werden sollen, entgegengesetzt sind den Zielen, die man sonst verfolge, wie z. B. mehr Grün und weniger trockene, für das Stadtklima negative Flächen. Er spricht sich für eine Suche nach besser geeigneteren Ersatzhabitaten aus und stellt das Projekt an sich infrage.

Herr Maier (ASW) erläutert mithilfe einer umfangreichen Präsentation Grundsatzfragen (S. 1 - 18) und geht ausführlich auf den Antrag der 90/GRÜNEN-Fraktion bezüglich der Ersatzhabitats (S. 19 ff.) ein. Der Vorsitzende und die Rednerinnen und Redner seitens des Ausschusses danken für den aufschlussreichen Bericht.

StR Peterhoff bemängelt den Zeitdruck angesichts der bereits heute notwendigen Beschlussfassung. Im Bericht sei jedoch deutlich geworden, dass es in der Gesamtabwägung nicht zu negativen Klimaauswirkungen kommt. In Bezug auf Haldenstraße und Travertinpark als mögliche Alternativflächen erstaunt ihn, dass diese Flächen bereits vollständig anderen Maßnahmen zugeordnet wurden. Er fragt, ob sie nicht zumindest teilweise herangezogen werden können. Auch weist er darauf hin, dass beim Travertinpark für ein privates Unternehmen Ersatzflächen auf städtischem Grund herangezogen wurden, wohingegen es laut dem Bericht schwierig sei, städtische Ersatzmaßnahmen auf privaten Grundstücken herzustellen. Was die Quellenstraße angeht, so habe man zwei Abschnitte vorgesehen, weshalb es Sinn mache, zumindest für den 2. Abschnitt die private Fläche zu betrachten. Nachdem es auch entlang der Rommelstraße noch kleine Potenziale gebe, bittet er zu prüfen, ob die große Fläche entlang der Löwentorstraße entsprechend reduziert werden kann. Was den Baumbestand angeht, so habe er verstanden, dass bei den zwei Habitaten 16 Bäume, die unter die Baumschutzsatz-

zung fallen, abgeholzt werden müssen. Er bittet darum, für diese Bäume in den betroffenen Bezirken Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

StRin Bulle-Schmid (CDU) berichtet, die Vergrämung von Eidechsen rufe in der Bevölkerung immer mehr Ärger hervor, weil die Flächen am Anfang sehr kahl aussehen und die Maßnahmen wahnsinnig viel Geld kosten. Dennoch müsse man sich an die EU-Vorgabe halten. Aufgrund des vorhandenen Zeitdrucks werde ihre Fraktion der Vorlage zustimmen, weil der Bericht überzeugt habe, dass der Natur kein Schaden entstehen wird, weil zukünftig eine gute Kulturlandschaft entsteht, und weil die Kaltluftströme nicht beeinträchtigt werden. Sie regt an, Ersatzpflanzungen für die wegfallenden Bäume ganz am Rande des Gebiets Löwentorstraße zu machen.

StR Körner nimmt Bezug auf das im Bericht erwähnte Gespräch mit dem Regierungspräsidium Stuttgart (RP), wonach mit einer Ausnahme für die Interimsoper nicht zu rechnen sei. Er erkundigt sich, ob vielleicht mit einer Ausnahme für den Wohnungsbau zu rechnen ist. Falls dem so wäre, wäre vielleicht weniger Ausgleichsfläche erforderlich, sodass auf die Löwentorstraße verzichtet werden kann, so sein Gedanke.

StR Rockenbauch (FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) hält den Aufwand für groß, aber nötig. Er möchte wissen, ob die Ersatzflächen in der Zukunft durch die Stadt auch laufend gepflegt werden müssen. Herr Maier bestätigt den laufenden Pflegeaufwand.

StR Serwani (FDP) will den Zeitplan für die Maker City nicht gefährden, weshalb man der Vorlage trotz enormer Bedenken wegen der Kosten zustimmen werde. Die Stadt müsse sich an Verordnungen und Gesetze der EU halten, und das RP werde keinerlei Ausnahmen zulassen. Den von StR Peterhoff genannten Prüfaufträgen schließe man sich an.

StRin Königeter spricht Befürchtungen von Bürger*innen an wegen zukünftig überfluteter Straßen aufgrund der angeblich versiegelten Flächen. Der Bericht habe gezeigt, dass solche Befürchtungen unbegründet sind, weil es einen riesigen Unterschied mache, ob lichte Flächen und Magerflächen hergestellt werden oder pflanzenfreie Schottergärten. Sie fragt, wie dieses Thema der Bürgerschaft gegenüber besser kommuniziert werden kann. PULS könne aufgrund der heutigen Information der Vorlage zustimmen. Die Zustimmung zum 1. Bauabschnitt erfolge uneingeschränkt, was den 2. Bauabschnitt angeht, so wäre es zu bevorzugen, eine Kompromisslösung zu finden, indem die Gartenpächter nicht verdrängt, sondern durch den beauftragten Landschaftsarchitekten eingebunden werden, zumal es einen laufenden Pflegeaufwand gebe. Sie bringt als mögliche Ersatzfläche einen Kiesparkplatz südlich des 1. Bauabschnitts ins Gespräch. Darüber hinaus wünscht sie einen sensibleren Umgang im Hinblick auf die Information der betroffenen Gartenpächter*innen.

StR Schrade (FW) anerkennt die schwierige Aufgabe, die die Fachverwaltung zu lösen hat. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, weil es keine andere Lösung zu geben scheine, um im C1-Gebiet weiterzukommen. Jedoch schwane ihm Böses für die Zukunft, wenn der Artenschutz auch in einer Großstadt weiterhin diesen hohen Stellenwert hat. Er regt an, über den Städtetag oder über andere höhere Ebenen diesbezüglich zu intervenieren oder etwas anzustoßen.

StR Goller sieht den Artenschutz im Umweltbereich vergleichbar mit dem Denkmalschutz, weil alle möglichen Projekte damit zum Scheitern gebracht werden können. Er

verweist auf die aus seiner Sicht sinnlose Maßnahme an der Feuerbacher Heide als Ersatzhabitat für Eidechsen und auf die Kosten in Millionenhöhe. Auch kritisiert er den drastischen Begriff "Tötungsgenehmigung" für die Ausnahmegenehmigung, da die Eidechsen nicht getötet werden, sondern selbständig abwandern, wenn die Baufahrzeuge auf die Fläche auffahren. Das Einsammeln und Verbringen der Tiere in andere vorhandene oder private Habitats wäre eine Option. Insofern sei zu fragen, ob für verschiedene Nutzungen vielleicht doch eine Ausnahmegenehmigung zu bekommen wäre.

BM Pätzold unterstreicht, es sei immer klar gewesen, dass es Ausgleichsflächen braucht, wenn man das C1-Gelände bebauen will. Auch war bekannt, dass dafür Biotope für die Mauereidechse als Schirmart hergestellt werden müssen. Der Grund für den Zeitpunkt der Vorlage so spät im Jahr sei der umfangreiche Suchlauf von infrage kommenden Flächen. Auch weil man in manchen Bereichen an die Vegetationsperiode gebunden sei, müsse die Entscheidung nunmehr zügig erfolgen. Er versichert, man habe äußerst sorgfältig die Themen abgeklärt. Es stimme, dass das Thema Eingriffs-/Ausgleichsflächen ein riesiges Thema sei, weshalb die Landeshauptstadt Stuttgart auch bei einem Forschungsprojekt mitarbeite, über das im Ausschuss für Klima und Umwelt berichtet wurde. Wenn gewünscht, werde man auch dem STA gegenüber berichten. In der letzten Bauausschuss-Sitzung des Baden-Württembergischen Städtetages sei das Thema Umgang mit Ausgangsflächen behandelt worden. Darüber hinaus sei man im Gespräch mit dem RP, was das Thema Ausnahmen angeht in diesem Bereich, insbesondere beim Rosenstein. Vor einer Ausnahmegenehmigung müssten jedoch alle infrage kommenden Flächen ausgeschöpft sein, um rechtlich - möglicherweise bis hinauf in die höchste gerichtliche Ebene - nicht angreifbar zu sein. Und man müsse außerdem auch die Diskussion führen, wie man mit Populationen von streng geschützten Arten umgeht, die sich auf einem hohen Niveau halten bzw. sich vergrößern. Die Verwaltung sei sich durchaus bewusst, dass die Akzeptanz beim Artenschutz durch solche Maßnahmen schwindet. Es gebe neben der Mauereidechse aber immer noch andere streng geschützte Arten, die Schutz und Pflege bedürfen.

Herr Maier bestätigt die Schwierigkeiten im Umgang mit den Mauereidechsen, jedoch habe man im Sachgebiet Landschafts- und Grünordnungsplanung beim Amt für Stadtplanung und Wohnen oder als Garten-, Friedhofs- und Forstamt dabei nicht das letzte Wort. Das letzte Wort liege bei den Behörden, die Ja oder Nein sagen, hier der höheren Naturschutzbehörde. Es sei außerdem weniger ein Problem der EU-Regelungen als vielmehr der deutschen Rechtsprechung, stellt er klar. Die EU-Regelungen könnten sich nach seiner Auffassung so auslegen lassen, dass es für die Mauereidechsen in Stuttgart gar keine Ersatzhabitats brauchen würde. Man müsse sich aber an die deutsche Rechtsprechung halten, und zwar wortwörtlich. Wie Herr Dr. Porsch schon im Verwaltungsausschuss ausgesagt habe, werde man im Zuge des Projektes Rosenstein Rechtsgeschichte schreiben müssen. Natürlich hoffe man, dass eine andere Stadt vielleicht die ersten Schritte macht, sodass Stuttgart sich an diese Rechtsprechung anhängen kann. Wenn Stuttgart diese ersten Schritte tun muss, so bedeute dies einen enormen Zeitverlust von bis zu zehn Jahren. Dies könne man sich mit diesem Bebauungsplan aber nicht leisten, weshalb man sich für das vorgeschlagene Verfahren entschieden habe.

Klar sei, dass dadurch Folgekosten - Pflegekosten - entstehen. Dies sei aber auch z. B. bei einer neuen Straße im Baugebiet der Fall. Deswegen habe man versucht, Flächen zu generieren, die relativ einfach zu pflegen sind. Grundsätzlich habe man bei diesen Flächen das Problem, "dass man das Pferd von hinten aufzäumt", weil man zuerst mit

dem Baubeschluss kommt, ohne über den Bebauungsplan richtig beraten zu haben. Vielleicht sei es deswegen kommunikativ etwas schwierig gelaufen.

Die Anregungen und Wünsche in Bezug auf die Ersatzpflanzungen nehme man mit und prüfe diese Möglichkeiten gemeinsam mit dem GFF. Die Mischung aus Gartennutzung und Habitat könne er nicht empfehlen, so Herr Maier, weil Habitate rechtlich sauber abgesichert werden müssen. Auch komme man, wenn weiter Gartennutzung besteht, auf einen höheren Flächenbedarf. Den wolle man jedoch so klein wie möglich halten. Dies gehe aber nur, wenn sichergestellt ist, dass die Habitate sachgerecht unterhalten und gepflegt werden. Es sei aber nicht ausgeschlossen, ein solches Experiment im Rahmen des Projekts Rosenstein auszuprobieren. Die anderen Vorschläge im Hinblick auf Umsiedeln seien bereits bis zum Umweltministerium hinauf diskutiert worden. "Die gehen aber nicht. Sobald eben andere Tiere da sind vor Besiedelung, so bald Zauneidechsen da sind, wird es schwierig wegen möglichen Verdrängungseffekten, die ich persönlich aber nicht sehe. Ich sehe auch nicht die Schwierigkeit, sagen wir einmal 50 Tiere woanders hinzubringen, weil, die verteilen sich dann schon und finden dann schon irgendwo ihren Platz. Das sagt übrigens die EU-Richtlinie: Stabile Population, Lebensräume entweder neu oder schon vorhanden im räumlich-funktionalen Zusammenhang: Bring sie rüber, so lange deine Population nicht zusammenbricht. Die deutsche Rechtsprechung sagt: Nimm das Tier, dann bist du für das verantwortlich, Tierschutz. Wenn du es woanders hinsetzt, musst du es dahin setzen, wo du mit höchster Prognosegenauigkeit weißt, das Tier kann weiterleben und sich auch weiter vermehren."

Auf die Nachfrage des Vorsitzenden wegen einer möglichen Flächenreduzierung am Löwentor sagt Herr Maier zu, dies im Einzelnen durchzurechnen. Man werde die Flächen in Anspruch nehmen, die man braucht. Es sei jedoch zu bedenken, "dass der nächste Schritt kommt". Er rate dazu, geeignete Flächen zu aktivieren, weil genügend Vorhaben anstehen, für die Ersatzhabitate gebraucht werden, z. B. für den Gleisanschluss des Recycling Parks.

StR Peterhoff formuliert die zwei nachstehenden Maßgaben, mit denen man bereit sei, über die Vorlage heute abzustimmen.

BM Thürnau stellt abschließend fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt mit der Maßgabe, die im Beratungsverlauf geäußerten Vorschläge durch die Fachverwaltung prüfen zu lassen, wonach

- a) versucht wird, die Fläche für die Artenschutzmaßnahmen/Ersatzhabitate zu reduzieren, indem insbesondere Ersatzpflanzungen für Bäume am Gebietsrand realisiert werden - hier im Bereich des Löwentors angrenzend an die Löwentorstraße.
- b) für den 2. Bauabschnitt zu prüfen ist, ob die Fläche aufgrund von anderen möglichen Ersatzflächen verkleinert werden kann.

einstimmig wie beantragt (1 Enthaltung).

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Zur Beurkundung

Faßnacht / pö

Verteiler:

- I. Referat T
zur Weiterbehandlung
Garten-, Friedhofs- und Forstamt (3)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SWU
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 4. BVin Nord
 5. BezÄ Ca, Mühl, Mün, Zu
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktionsgemeinschaft PULS
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion